

Das ganze Leben für den Staat

Zeitgeschichte. Eine untadelige Lebensführung war Anfang des 20. Jahrhunderts unabdingbar für eine Beamtenlaufbahn. Nun werden diese dienstrechtlichen Verpflichtungen während der politisch turbulenten Zwischenkriegszeit erforscht.

VON USCHI SORZ

Das es mit dem Image von Beamten nicht immer zum Besten steht, ist nicht neu. „Auch früher gab es schon Beamtenwitze“, räumt Therese Garstener vom Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Uni Wien ein. Respektabilität und Pflichterfüllung versus Privilegien und mangelnden Arbeitseifer, zwischen diesen Zuschreibungen schwankt die öffentliche Meinung seit jeher.

„Das hat vermutlich mit der Form des Dienstverhältnisses zu tun, in dem es nicht um eine eindeutig messbare Arbeitsleistung geht, sondern um ein umfassendes Sich-zur-Verfügung-Stellen für den Staat“, sagt die Historikerin und Sozialwissenschaftlerin. „Im Gegenzug für ihre Loyalität gewährt dieser den Beamtinnen und Beamten Absicherung und Schutz vor politischer Einflussnahme.“

Sie wolle nicht in Abrede stellen, dass dieses Arrangement nicht auch zuweilen ausgenutzt werde. Dennoch halte Garstener die negativen Klischees über die Staatsdienerinnen und Staatsdiener größtenteils für ungerechtfertigt. „Es ist ja wichtig, dass sie unabhängig arbeiten können, besonders in sensiblen Bereichen wie etwa der Justiz.“

Staatsdiener von 1918 bis 1940

Garstener erforscht in einem vom Wissenschaftsfonds FWF geförderten Elise-Richter-Projekt die Lebensführung österreichischer Staatsbediensteter von 1918 bis 1940. In dem von ihr untersuchten Zeitraum liegt es jedenfalls nahe, von Beamtinnen und Beamten mit Leib und Seele zu sprechen. Im-

LEXIKON

Verhaltenskodex aus der Dienstpragmatik von 1914, Paragraph 24: „Der Beamte hat in und außer Dienst das Standesansehen zu wahren, sich stets im Einklang mit den Anforderungen der Disziplin zu verhalten und alles zu vermeiden, was die Achtung und das Vertrauen, die seine Stellung erfordert, schmälern könnte. Auch im Ruhezustand ist der Beamte zu einer dem Standesansehen angemessenen Haltung verpflichtet.“



Frauen wurden erst spät zum Staatsdienst zugelassen und ab 1933 mit neuen Gesetzen wieder hinausgedrängt. [alg-images/picturedesk.com]

merhin reichte die von diesen verlangte Korrektheit bis in die intimsten Bereiche und sogar bis über die Pensionierung hinaus. „Ungebührliches Verhalten war nicht nur verpönt, sondern auch ein Verstoß gegen das Dienstrecht. Es wurde genauso geahndet wie etwa eine Gebührenunterschlagung“, sagt Garstener.

Blick in die Disziplinarakte

Ausschweifungen, Verschuldung, ein Seitensprung? Nicht für Beamte, zumindest wenn die Kapriolen öffentlich wurden. „Dann stand das Ansehen des Amtes und damit des gesamten Staates auf dem Spiel.“ Die Disziplinarakten bieten der Forscherin interessante Ein-

blicke in das berufliche und private Leben der Staatsbediensteten in der Zwischenkriegszeit. „Sie wurden sogar zur Verantwortung gezogen, wenn sich Familienmitglieder danebenbenahmen.“ So habe etwa das Verhältnis der Tochter mit einem verheirateten Mann einem Beamten ein Disziplinarverfahren beschert.

Ein anderer musste sich für seine Söhne rechtfertigen, die sich für die Nationalsozialisten engagiert hatten, als diese noch illegal waren. „Die Stellungnahmen der Disziplinarkommissionen, der Zeugen und der beschuldigten Person selbst sagen viel über den jeweiligen Zeitgeist aus“, erklärt die Historikerin.

Der Zeitgeist änderte sich in jener Zeitspanne bekanntlich mehrmals, und zwar einschneidend. „Nach dem Ersten Weltkrieg und Zerfall des Habsburgerreichs betrafen die Hyperinflation und die Verarmung der Bevölkerung natürlich auch die Beamten. Es gab einen massiven Personalabbau, und bei manchen war es unklar, welchem Nachfolgestaat sie überhaupt dienen sollten.“

Politische Veränderungen

All das habe die geforderte Loyalität auf den Prüfstand gestellt. Neben dem Einfluss sich wandelnder Moralvorstellungen auf das Privatleben sind die Herausforderungen durch die politischen Veränderun-

gen ein weiterer Schwerpunkt ihrer Studie. Die politischen Spannungen nahmen nach der Weltwirtschaftskrise von 1929 zu.

Schon vor der Etablierung des autoritären Dollfuß-Schuschnigg-Regimes 1933/34 war es mit der 1920 in der Verfassung festgeschriebenen Demonstrations- und Versammlungsfreiheit der Beamtenschaft vorbei. „Ab den 1930er-Jahren gab es mehr Disziplinarverfahren wegen politischer Aktivitäten.“ Wieder ging es über die eigene Person hinaus: Ein Beamter musste nicht einmal selbst ein Flugblatt verteilen oder ein Spottlied auf Dollfuß gesungen haben. „Es genügte, dass er Kollegen dabei sah und nicht einschritt.“

Frauen hatten es schwerer

Frauen spürten den kalten Wind jener Ära in besonderer Weise. „Sie waren erst ab 1919 zum Justizstudium zugelassen worden, eine Voraussetzung für den höheren Verwaltungsdienst“, erklärt Garstener. „Doch ab 1933 erließ das autoritäre Regime Gesetze, um sie wieder aus dem Staatsdienst zu drängen.“

Schließlich griffen die Nationalsozialisten ab 1938 in den Beamtenapparat ein, zu den politischen kamen völkisch-antisemitische Kriterien. „Rund 14.000 Personen wurden nach einer entsprechenden Verordnung überprüft. Das ist mit etwas weniger als zehn Prozent aller Beamtinnen und Beamten zwar weniger als bisher angenommen, war aber im Einzelfall sicher hart.“ Garsteners Ziel ist es, die Sozialgeschichte des öffentlichen Dienstes in Österreich nach 1918 erstmals detailliert abzubilden. Die Studie läuft noch bis Dezember 2022.

ZUR PERSON



Therese Garstener ist Soziologin, Slawistin und Historikerin. Sie lehrt und forscht am

Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Wien. Parallel zu ihrem Elise-Richter-Projekt forscht sie auch an von der Stadt Wien und der ÖAW geförderten Projekten zum Staatsdienst in Wien von 1918 bis 1920. [Foto: Gabriele Paar]

Ausbildungsnachweis ist eine große Hürde für Flüchtlinge

Soziologie. Forscher: Vergeudung von Humankapital.

Wer als Flüchtling nach Österreich kommt und um Asyl ansucht, soll sich rasch integrieren, die Sprache lernen und wirtschaftlich unabhängig werden. Doch für fast jeden Beruf braucht es einen Ausbildungsnachweis – eine aktuelle Studie von Forschern der Uni Wien zeigt nun, wie sehr diese Bedingung den Zugang zum Arbeitsmarkt für Flüchtlinge erschwert.

Ein Forscherteam um die Soziologen Roland Verwiebe und Bernhard Kittel führte unter mehr als 1000 Flüchtlingen, die zwischen 2013 und 2017 nach Österreich gekommen sind, eine Umfrage durch. 35 weitere, die nach kurzer Zeit Arbeit gefunden hatten, wurden in ausführlichen, qualitativen Interviews befragt. Die meisten kamen aus Syrien, Afghanistan oder dem Irak. Die Ergebnisse sind eindeutig: Trotz guter Ausbildung arbeiten viele in schlecht bezahlten Branchen, für die keine höhere Qualifi-

zierung nötig ist; nur wenige können in dem Bereich weiterarbeiten, in dem sie früher tätig waren.

Oft fehlten die Zertifikate für ihre Ausbildung, da diese in ihrer Heimat unnötig waren. „Hier müssten die Kammern aktiv werden und über Wege nachdenken, wie Qualitätsstandards gesichert werden können, ohne prohibitive Hürden in Verfahren aufzubauen“, so Verwiebe. Die derzeitige Situation sei ökonomisch eine Vergeudung von Humankapital und für die Betroffenen „frustrierend und demotivierend“. Auch das Verbot für Asylwerber, eine Lehre zu beginnen, kritisiert der Forscher. Der wechselseitige Zusammenhang zwischen Arbeitsmarktzugang und kultureller Integration müsse erkannt und zivilgesellschaftliches Engagement von NGOs, privaten Initiativen sowie lokalen Aktionen in Betrieben und Gemeinden gefördert werden. (APA/däw)

ORF RADIOKULTURHAUS
Argentinierstraße 30a, 1040 Wien

IM ZEIT-RAUM

Der Psychiater, Psychologe und Psychotherapeut Michael Lehofer spricht mit Johannes Kaup über die (Lebens-)Notwendigkeit von Selbstliebe.

MI 24.04.19

→ Großer Sendesaal – 18:30 Uhr – Eintritt: EUR 17,-
Mit ORF RadioKulturhaus-Karte 50% Ermäßigung
Kartenbüro: (01) 501 70-377

INFOS UND ONLINE-TICKETS:
radiokulturhaus.ORF.at

ORF. WIE WIR.



Michael Lehofer © KAGes